P89 Projekt 89: Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.03.2016

Neue Wege in der Drogenpolitik – für mehr Jugendschutz und Prävention

Wir wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung und Entkriminalisierung. Das bedeutet mehr Jugendschutz und Prävention – egal ob bei derzeit illegalen oder legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin. Drogenkonsum ist nicht gesund. Aber durch die Förderung von Safer-Use-Maßnahmen wie zum Beispiel Spritzentausch können zumindest vermeidbare Gesundheitsrisiken vermieden werden. Die Berliner Fachstelle für Suchtprävention soll die Prävention an Schulen und im Jugendfreizeitbereich koordinieren, dazu braucht es qualifiziertes Personal. Strafverfolgungsbehörden sind für eine zeitgemäße Suchtprävention ungeeignet. Zur Durchsetzung der Jugendschutzbestimmungen wollen wir die Bezirke mit mehr Mitteln ausstatten. Konsequenter Jugendschutz heißt auch, dass landeseigene Flächen nicht mehr für Alkohol- und Tabakwerbung genutzt werden dürfen und Berlin sich für ein generelles Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung einsetzt. Im Berliner Nachtleben wollen wir ein umfassendes Konzept zur Gesundheitsförderung ausbauen – mit Schulungen von Veranstaltern und Personal wie auch Vor-Ort-Prävention durch die Drogen- und Aidshilfe. Wir wollen Drugchecking, also die chemischen Analyse dieser Substanzen, ermöglichen und durch Beratungsangebote flankieren. Mit Drugchecking werden auch Konsument*innen erreicht, an denen die Angebote der Suchthilfe sonst vorbeigehen. Substitutionsprogramme und ärztliche Originalstoffvergabe wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Substituierten soll der Zugang zu Drogenkonsumräumen nicht weiterhin verwehrt werden. Auch Gefangene müssen Zugang zu den bewährten therapeutischen und schadensminimierenden Angeboten erhalten.